



ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

Absender:

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Hagen
Fraktion Bürger für Hohenlimburg /Piraten Hagen

Betreff:

Vorschlag der Fraktionen CDU, Bürger für Hohenlimburg / Piraten Hagen
hier: Resolution des Rates der Stadt Hagen gegen die Schließung der Polizeiwache
Hohenlimburg in den Nachtstunden

Beratungsfolge:

04.04.2019 Rat der Stadt Hagen

Beschlussvorschlag:

Der Rat richtet eine Resolution mit folgendem Wortlaut an den Präsidenten der
Kreispolizeibehörde Hagen:

Resolution des Rates der Stadt Hagen

Mit hervorragender Polizeiarbeit vor Ort hat sich Hagen den Ruf erarbeitet, eine der
sichersten Großstädte im Land zu sein. Die Präsenz der Polizei, insbesondere in den
Nachtstunden, ist ein ganz wesentlicher Faktor für das subjektive Sicherheitsempfinden.

Seit längerer Zeit plant die Polizei Hagen die Schließung der Polizeiwache Hohenlimburg in
der Zeit zwischen 22 und 6 Uhr. Gerade dieser Vorgang könnte jedoch in Hohenlimburg
und Umgebung zu einem Vertrauensverlust in die Sicherheitsgarantie unseres Staates
führen. Dafür sind aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger auch die Beamten im Außendienst
kein hinreichender Ersatz. Die 4.300 Unterschriften, die sich binnen kürzester Zeit gegen
dieses Vorhaben sammeln ließen, sprechen eine deutliche Sprache. Dabei geht es um den
Erhalt der Sicherheit sowie den Fortbestand des ebenfalls wichtigen subjektiven
Sicherheitsgefühls der Bürgerschaft, aber auch um die weitere Akzeptanz der polizeilichen
Organisation in Hohenlimburg insgesamt.

Auch die Absicht von Polizei und Ordnungsamt, in Wehringhausen eine neue Präsenz zu
errichten zeigt, dass es durchaus gute Gründe für einen festen Ansprechpartner rund um
die Uhr gibt.



Den Sorgen dieser Menschen Rechnung tragend fordert der Rat der Stadt Hagen deshalb Innenminister Herbert Reul sowie Polizeipräsidenten Wolfgang Sprogies auf, auch in Zukunft eine durchgehende nächtliche Besetzung der Wache Hohenlimburg sicherzustellen.

Der Rat der Stadt Hagen sieht insbesondere das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürger beeinträchtigt, das aufgrund überregional bekannt gewordener Straftaten bereits gelitten hat. In der Folge zeichnet sich auch in Hagen eine verstärkte Nachfrage nach dem Kleinen Waffenschein und verschiedenen Abschreckungsmitteln ab. Eine solche „Privatisierung von Gewalt“ kann nicht das geeignete Instrument einer staatlichen Sicherheitsstrategie sein. Es gilt eher umgekehrt, das rechtsstaatlich eingetragte Gewaltmonopol des Staates zum Schutz von Bevölkerung und Polizei zu verteidigen und zu festigen.

Auch für die Polizeibeamten im Stadtbezirk wäre die durchgängig besetzte Wache von erheblichem Vorteil, weil sie dort vor Ort ihre Berichte schreiben und ihren Schichtwechsel abwickeln könnten. Dazu würde dann kein Transfer zur Hohenleye mehr erforderlich werden.

Zum Schluss sei erwähnt, dass die Stadt Hagen als Vermieter der Polizeiwache Hohenlimburg im Jahr 2019 auf Wunsch der Polizei die Summe von 1,43 Millionen Euro in die Modernisierung selbiger Räume investiert. Das Land NRW zahlt hierzu einen einmaligen Baukostenzuschuss in Höhe von 241.000 Euro.

Angesichts dieser Investition sollten die Steuer zahlenden Bürger dann auch erwarten dürfen, dass die Räume der Polizeiwache auch in Zukunft vollumfänglich genutzt werden.

Kurzfassung

entfällt

Begründung

siehe Anlage

Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung

☒ sind nicht betroffen